Gibt es Probleme bei der Darstellung dieser e-mail ? Klicken Sie hier

FONDATION ROBERT SCHUMAN
Das Zentrum für Europäische Wissenschaft und Studien

Der Brief

Dienstag 23. Dezember 2014 Nummer 652

Der Newsletter als PDF

Die Stiftung auf und

App der Robert Schuman Stiftung download über Appstore und Google Play

Das gesamte Team des Briefs wünscht Ihnen frohe Weihnachten und eine gutes Neues Jahr! Wir danken Ihnen für ihre Treue Leserschaft und sehen Sie am 12. Januar wieder!

Der Beitritt Litauens in die Eurozone und seine Konsequenzen für die Europäische Zentralbank

Autor : Sébastien Richard

Litauen wird am 1. Januar 2015 in die Wirtschafts- und Währungsunion eintreten und ihr 19. Mitgliedstaat werden. Die Integration krönt die von dem Land unternommen Anstrengungen, um die Wirtschafts- und Finanzkrise zu überwinden, den eigenen Staat zu reformieren und gleichzeitig die Perspektive des Euro niemals aus den Augen zu verlieren. Litauen stärkt die europäische Strategie als ein Land, das zu einem wichtigen Teil von der russischen Wirtschaft abhängt und die Folgen seiner Unterstützung für die Mitglieder der östlichen Partnerschaft und die Sanktionspolitik gegenüber Russland unmittelbar spürt. Zeitgleich mit dieser Entwicklung setzt ein neuer Governance-Modus der Europäischen Zentralbank ein, der bereits 2003 vorgesehen war und dessen für 2009 geplante Umsetzung erst jetzt verwirklicht werden konnte.

Fortsetzung

Übersicht

Neuigkeiten : Leitartikel Wahlen : Griechenland Europäischer Rat : Investitionen Kommission : Programm 2015 - Verkehr - Fusion - Ernennung Parlament : Georgien - Bürgerbeauftragte - Banken - Haushalt 2015 Rat der Europäischen Union : Kreditkarten - Fischfang - Umwelt - Allgemeine Angelenheiten - Verteidigung Diplomatie : Sanktionen Gerichtshof : EMRK Europäische Agenturen : Verteidigung - Forschung Deutschland : Haushalt 2015 Österreich : Prognosen Belgien : Diplomatie Bulgarien : Deutschland - Justiz Spanien : Arbeit Frankreich : Haushalt 2015 Griechenland : Wahlen Italien : Wahlen? Rumänien : Amtseinführung Großbritannien : Freier Personenverkehr - Handel Montenegro : Beitritt/EU Serbien : Infrastruktur Ukraine : Neutralität Eurostat : Inflation - Handel Eurobarometer : Vertrauen Berichte/Studien : EZB Kultur : Museum/Lyon - Konzert/Wien - Konzert/Berlin - Kino

Agenda | Andere Versionen | Kontakt

Neuigkeiten :

Europa: Folgt nun der Aufschwung?

Jean-Dominique Giuliani, der Präsident dieser Stiftung, veröffentlicht auf seiner Homepage einen Leitartikel über die neuen Institutionen, Policy-Programme und strategischen Kontexte der Union. Wird 2015 ein Jahr des Aufschwungs für Europa?.. Fortsetzung

Wahlen :

Griechische Abgeordnete können sich im ersten Wahlgang nicht auf einen Staatschef einigen

Die griechischen Abgeordneten haben sich im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl am 17. Dezember nicht auf ein neues Oberhaupt der Republik einigen können. Für einen Wahlerfolg wäre eine 2/3-Mehrheit der 300 Sitze im Parlament und somit 200 Stimmen nötig gewesen. Als Favorit war der frühere EU-Kommissar Stavros Dimas gehandelt worden, der auch von der Koalitionsregierung für den ehrenvollen Posten vorgeschlagen worden war. Ingesamt stimmten 295 der 300 Abgeordneten ab – nur 160 folgten dem Aufruf ihre Stimme für Stavros Dimas abzugeben. 135 anderen genügte es hingegen der griechischen Verfassung folgend lediglich ihre "Anwesenheit" zu konstatieren. Ein 2. Wahlgang ist für den 23. Dezember geplant, es gelten weiterhin dieselben Mehrheitshürden. Wenn der Präsident in einem möglichen 3. Wahlgang am 29. Dezember, bei dem nur noch 180 Stimmen für eine Mehrheit nötig sind, noch immer nicht gewählt werden kann, müssen im Februar Parlamentswahlen angekündigt werden... Fortsetzung

Europäischer Rat :

Beschlüsse des Europäischen Rates: Investitionspläne und Ukraine/Russland-Politik

Am 18. Dezember haben die 28 Staats- und Regierungschefs über die Investitionspolitik in Europa und der Ukraine beraten. Hinsichtlich der Investitionspolitik in Europa forderten sie die Umsetzung eines europäischen Investitionsfonds im Rahmen der EIB, um zwischen 2015 und 2017 insgesamt 315 Milliarden € an Investitionen zu fördern und die vorgesehenen EU-Programme auszuführen. Sie behandelten außerdem Themen wie den einheitlichen Wirtschaftsraum, die Energiepolitik sowie die wirtschaftspolitische Ausrichtung im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion und forderten eine Beschleunigung der Arbeit der Union in diesen Bereichen. Mit Blick auf die Ukraine bestärkten sie die neue Regierung darin, die politisch und wirtschaftlich notwendigen Reformen im Land umzusetzen und forderten die Kommission dazu auf, ihre humanitären Hilfen weiter zu verstärken. Sie zeigten sich außerdem bereit dafür, nach der illegalen Annektierung der Krim – falls nötig – auch zu den stärksten Maßnahmen der eigenen Sanktionspolitik zu greifen... Fortsetzung

Kommission :

Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2015

Die Europäische Kommission hat am 16. Dezember ihr Arbeitsprogramm für 2015 verabschiedet. Der Plan sieht 23 neue Initiativen vor, die im Einklang mit den im Parlament vorgestellten politischen Zielen stehen und darauf abzielen, 83 existierende Entwürfe aus technischen oder politischen Gründen zu modifizieren oder zurückzuziehen. Im Rahmen der umzusetzenden Punkte für 2015 stellt Jean-Claude Juncker sechs Bereiche in den Vordergrund: Die Umsetzung eines Investitionsplans für Europa (315 Milliarden Euro), die Annahme "ambitionierter" Maßnahmen für einen einheitlichen Digitalen Markt, die Umsetzung erster Schritte auf dem Weg hin zur Schaffung einer europäischen Energieunion und die Ausarbeitung eines geeigneteren haushaltspolitischen Ansatzes für den Kampf gegen Betrug und die Stärkung von Transparenz. Darüber hinaus sieht der Plan die Annahme eines Porgramms und einer europäischen Agenda für die Migration sowie eine Stärkung der Währungsunion vor. Das Programm wird vom Prinzip der "Politischen Diskontinuität" geprägt und steht für die Bemühungen der Kommission, bessere Gesetze auf den Weg zu bringen. Hierbei geht es besonders um die Reduzierung administrativer Formalitäten und die Aufhebung vorhandener Reglementierungslasten im Hinblick auf Investitionen in Europa... Fortsetzung

Andere Links

Neue Regelungen zur Verbesserung von Informationsdienstleistungen für den Autobahnverkehr

Die Europäische Kommission hat am 18. Dezember neue Regelungen für die Vereinfachung des Informationsaustauschs im Autobahnverkehr zugunsten der Nutzer verabschiedet. Die Maßnahmen zielen darauf ab die Zugänglichkeit und Offenlegung von Verkehrsinformationen (Verkehrsinformationen in Echtzeit) zu verbessern. Darin miteingeschlossen sind Informationen über erwartete Staus, die zu voraussichtliche Reisezeit und Informationen über Unfälle. Außerdem sollen Informationen über Straßenbauarbeiten, die Schließung von Autobahnen, Unwetterwarnungen und weitere wichtige Informationen kommuniziert werden... Fortsetzung

Andere Links

Fusion Lafarge-Holcim

Die Europäische Kommission hat am 15. Dezember grünes Licht für eine Fusion zwischen dem französischen Zementhersteller Lafarge und seinem schweizerischen Konkurrenten Holcim gegeben. Das Ergebnis des Zusammenschlusses werde ein marktführendes Unternehmen sein, so die für den Fall zuständige Kommissarin Margrethe Vestager. "Die Konkurrenz ist auch im Zement-Sektor von Bedeutung, deshalb ist die Akquisition von Lafarge durch Holcim an bestimmte Bedingungen geknüpft. Es ist eine gute Nachricht für mehr Wachstum", erklärte Frau Vestager... Fortsetzung

Edmund Stoiber zum speziellen Berater für bessere Rechtsetzung ernannt

Am 18. Dezember hat Jean-Claude Juncker, der Präsident der Europäischen Kommission, den früheren bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber zum speziellen Berater für bessere Rechtsetzung ernannt. Gegenüber Vizepräsident Frans Timmermanns erklärte er, den Ausschuss für Folgenabschätzung reformieren zu wollen. Es solle zu einem Komitee für die Kontrolle von Rechtssetzung werden. Das Gremium werde es außerdem ermöglichen, Beratungen über die Frage zu führen, wie Mittel zur Reduktion der administrativen Formalia gefunden und die Verwaltungskosten für KMUs gesenkt werden können. Dadurch sollen schließlich Arbeit, Wachstum und Investitionen in Europa gefördert werden... Fortsetzung

Andere Links

Parlament :

Europaparlament verabschiedet Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Georgien

Die europäischen Abgeordneten haben am 18. Dezember ein Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und Georgien mit 490 Ja-Stimmen gegenüber 76 Nein-Stimmen und 57 Enthaltungen ratifiziert. Das Abkommen beinhaltet auch eine Einigung auf ein Freihandelsabkommen. Die Vereinbarung sei "das Ergebnis unserer Entschiedenheit, ein demokratisches, beständiges und wohlhabendes Land in einer für uns strategisch wichtigen Region zu unterstützen", erklärte der Europäische Kommissar Dimitris Avramopoulos. Er hob jedoch auch den noch zurückzulegenden Weg Georgiens hin zu Rechtsstaat und Demokratie. "Man kann nur schwer sagen, dass Georgien große Fortschritte gemacht hat", sagte er im Bezug auf die beiden Bereiche und betonte die Notwendigkeit "der Opposition und dem Dialog zwischen den Parteien Raum zu geben"... Fortsetzung

Andere Links

Emily O'Reilly als Bürgerbeauftragte durch das Europaparlament wiedergewählt

Am 16. Dezember haben die europäischen Abgeordneten die Bürgerbeauftragte Emily O'Reilly mit 569 Ja- gegenüber 66 Neinstimmen und 43 Enthaltungen wiedergewählt. Sie war die einzige Kandidatin. Seit 3. Juli 2013 im Amt, hat sie die Aufgabe Umfragen über schlechte Verwaltung in den Institutionen und Organen der EU durchzuführen... Fortsetzung

Ernennung der Beiratsmitglieder des einheitlichen Bankenabwicklungsmechanismus (SRM)

Die europäischen Abgeordneten haben am 16. Dezember mit 522 Pro-, 105 Kontrastimmen und 67 Enthaltungen die Mitglieder des einheitlichen Bankenabwicklungsmechanismus (SRM) gewählt. Das unabhängige Organ ist für die Abwicklung insolventer Banken in der Eurozone verantwortlich. Gewählt wurden Elke König (DEU) für den Posten der Präsidentin, Timo Löyttyniemi (FIN) als Vizepräsident – außerdem Mauro Grande (ITA), Antonio Carrascosa (EST), Joanne Kellermann (NDL) und Dominique Laboureix (FRA). Der Rat hat diese Entscheidung am 19. Dezember anerkannt. Die Nominierungen treten ab 1. Januar 2015 in Kraft. Sie gelten im Falle der Präsidentin für 3 Jahre (Wiederwahl möglich) und im Falle der Beiratsmitglieder 5 Jahre (Wiederwahl ausgeschlossen). Der einheitliche Abwicklungsmechanismus wird ab 1. Januar 2016 seine Arbeit aufnehmen... Fortsetzung

Andere Links

Europaabgeordnete stimmen über EU-Haushalt für 2015 ab

Am 17. Dezember haben die europäischen Abgeordneten das Haushaltsprojekt der EU für 2015 mit Verpflichtungen von 145,32 Milliarden Euro und Zahlungen von insgesamt 141,21 Milliarden Euro verabschiedet. Sie stimmten außerdem zugunsten einer Aufstockung des Haushalts von 2014 und damit für 4,25 zusätzliche Milliarden Euro, um die dringendsten ungezahlten Rechnungen zu begleichen. Jean

Arthuis, der Präsident des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlaments, zeigte sich nicht mit den Verhandlungen zufrieden und erinnerte: "Sobald die Kommission ihr Investitionsprojekt über 315 Milliarden € gestartet hat, müssen wir unsere haushaltspolitischen Praktiken überdenken"... Fortsetzung

Andere Links

Rat der Europäischen Union :

Europäische Einigung über die Einschränkung von Überweisungsgebühren

Die drei europäischen Institutionen haben sich auf eine politische Einigung beim Thema der Bankengebühren für Überweisungen mit EC-Karten verständigt. Dies könnte positive Effekte für die Kunden haben. Die Verhandlungen von Kommission, Europaparlament und Rat haben am 18. Dezember stattgefunden und machen den Weg für eine einheitliche Obergrenze in der EU auf multilaterale Interbankenentgelte (MIF) frei. Sie erlaubt der Bank eines Kunden Gebühren zu erheben, wenn von dem Konto eines anderen mit EC-Karte eingezahlt wird. Dem Beschluss zufolge werden die Gebühren während einer Übergangsphase von fünf Jahren auf 0,3% des Überweisungswerts im Falle von EC-Karten und auf 0,2% oder 5 Cents im Falle von Kreditkarten gedeckelt... Fortsetzung

Vereinbarung über Fischfangquoten

Am 15. und 16. Dezember haben sich die 28 europäischen Minister für Landwirtschaft und Fischerei auf eine Vereinbarung über Fischfangquoten für 2015 geeinigt. Der Konsens geht mit einem ersten "bestandenen Test" der 2013 reformierten Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) einher, der darauf abzielt gegen die übermäßige kommerzielle Nutzung der Fischereibestände vorzugehen. Die Minister bestätigten außerdem mehrere von der italienischen Ratspräsidentschaft eingebrachte Initiativen zugunsten "junger Bauern". Diese beinhalten unter anderem einen Zugang für Kredite mit Hilfe der EIB für Menschen, die ein Unternehmen neu gründen möchten oder es kürzlich gegründet haben – außerdem unverzinste Hypothekendarlehen und den Wissenstransfer zwischen jungen europäischen Bauern durch ein Austauschprogramm. Da sich die Marktbedingungen von Milchprodukten zuletzt verschlechterten, konzentrierten sich die Minister auf die wichtigsten Herausforderungen in diesem Sektor. Darunter fallen unter anderem die Volatilität der Preise und die geeigneten Mittel, um deren Auswirkungen zu kontrollieren; außerdem die Rolle einer Aufsichtsbehörde für den europäischen Milchmarkt (EMMO) und die Folgen der Abschaffung von Milchquoten im nächsten Jahr. Zuletzt einigten sich die Minister auf eine Roadmap ihrer übergeordneten Politik für biologische Landwirtschaft und nahmen die umgesetzten Erfolgen im Laufe der zweiten Hälfte es Jahres 2014 bei einigen Gesetzgebungsvorschlägen (Gesundheit von Pflanzen, Obst in der Schule, etc.) "zur Kenntnis"... Fortsetzung

Einigung auf Reduzierung von Plastiktüten

Am 18. Dezember haben sich die 28 europäischen Umweltminister auf einen Beschluss über einheitliche Regelungen für die Feststellung und Überprüfung von CO2-Emmissionen im Seeverkehr auf europäischer Ebene geeinigt. Sie brachten dabei ein Richtlinienprojekt auf den Weg, das den Verbrauch von Leichtverpackungen aus Plastik reduzieren soll. Dabei knüpften sie an den zuvor erreichten Konsens zwischen den anderen Institutionen der EU an. Die Minister verabschiedeten darüber hinaus eine Roadmap für ein Richtlinienprojekt zur Einschränkung luftverschmutzender Stoffe durch mittelgroße Verbrennungsanlagen. Sie betonten außerdem die Bedeutung des Pakets für eine "Kreislaufwirtschaft" und insbesondere die damit verbundene Reduzierung von Abfallen. Die Minister erklärten, dass der Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft "entscheidend für die Förderung von Wachstum und Arbeit" sei. Schließlich bestätigten sie einen Entwurf zur Ratifizierung der Änderungen von Doha, der ihre technische Umsetzung garantiert und mit dem Beginn einer zweiten Reihe von Verpflichtungen des Kyoto-Protokolls einhergeht... Fortsetzung

Erweiterung, Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen

CONSILIUM

Am 16. Dezember haben die 28 Minister für Europäischen Angelegenheiten Beschlüsse zur allgemeinen Regelung von Erweiterungs-, Stabilisierungs- und Assoziierungsprozessen verabschiedet. Zu diesem Anlass verurteilten sie die Festnahme von Journalisten in der Türkei und meinten, dass diese der Pressefreiheit als einem "fundamentalen Wert der EU" widerspreche. Die Minister einigten sich außerdem auf Beschlüsse zur Respektierung der Rechtstaatlichkeit sowie des Aufbaus eines politischen Dialogs unter den Mitgliedstaaten, um "die Rechtsstaatlichkeit in der

EU zu stützen und fördern". Die Beschlüsse ermöglichen es den Prozess der Vertragsverletzungsverfahren zu vollenden, die ein Verwirken des Stimmrechts im Falle eines schweren und dauerhaften Verstoßes gegen die Werte der EU (Artikel 7 des Lissabon-Vertrags) vorsehen. Zuletzt präsentierten die Minister das Arbeitsprogramm der Kommission für 2015. In diesem Rahmen bestätigten sie auch Beschlüsse über eine mehrjährige Programmatik und Gesetzgebungspläne, um die inter-institutionelle Kooperation zu stärken und den Gesetzgebungsprozess schneller und effizienter zu machen... Fortsetzung

Ernennung des Präsidenten des Militärausschusses der EU sowie des Missionschefs von EUMM in Georgien

Der Rat hat am 15. Dezember General Mikhail Kostarako zum nächsten Präsidenten des Militärausschusses der EU ernannt. Das Gremium stellt die höchste militärische Instanz innerhalb des Rats der EU dar. Der Präsident ist militärischer Berater der Hohen Gesandten der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und wichtigste Kontaktperson für die Kommandanten der militärischen Operationen und Missionen der EU. General Mikhail Kostarako, der momentan noch Generalstabschef im griechischen Verteidigungsministerium ist, wird sein Amt ab dem 6. November 2015 für drei Jahre ausüben. Er folgt auf den seit 6. November 2012 amtierenden General Patrick de Rousiers. Während der Ratssitzung wurde außerdem Kęstutis Jankauskas zum Chef der europäischen Beobachtungsmission in Georgien ernannt... Fortsetzung

Andere Links

Diplomatie :

Krim und Sebastopol: Europäische Union verstärkt Sanktionen

Der Rat hat neue Sanktionen für Investitionen, Dienstleistungen und Handel mit der Krim und Sebastopol verabschiedet, um von Seiten der EU die Nicht-Anerkennung der illegalen Annexion durch Russland deutlich zu machen. Die Entscheidung fiel nach der Beratung des Rats für Auswärtige Angelegenheiten am 17. November 2014. Ab 20. Dezember 2014 sind Investitionen auf der Krim und Sebastopol somit untersagt. Außerdem können Europäer und in der EU ansässige Unternehmen keine Immobilien oder Unternehmen auf der Krim kaufen, von dort stammende Unternehmen finanzieren oder von ihnen angebotene Dienstleistungen nutzen. Die Sanktionen untersagen außerdem den Export einiger Güter und Technologien, die an Unternehmen der Krim verkauft werden oder für eine potenzielle Nutzung auf der Halbinsel infrage kommen. Zuletzt sind Anbieter in der EU nicht mehr befugt, Dienstleistungen in Verbindung mit dem Tourismus auf der Krim oder in Sebastopol anzubieten... Fortsetzung

Gerichtshof :

Europäischer Gerichtshof entscheidet gegen Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention

Die europäische Justiz hat sich am 18. Dezember gegen einen Beitritt der Europäischen Union zur Europäischen Menschenrechtskonvention ausgesprochen. Die 28 Staaten der EU sind Mitglied des Europarats, der 47 Länder beherbergt, von denen jedes individuell an der Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) teilnimmt. Dadurch wird jedem Bürger die Möglichkeit gegeben den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg anzurufen. Die EU als solche ist kein Mitglied, obwohl ein Beitritt im Vertrag von Lissabon von 2009 vorgesehen war. Ein Einigungsversuch war im April 2013 zwischen der EU-Kommission und dem Europarat gestartet worden. Die Kommission forderte den Gerichtshof im Anschluss dazu auf, seine Meinung zur Vereinbarkeit des Abkommens mit dem EU-Recht darzulegen. Der Gerichtshof entschied hierauf, dass "keine Regelung im Abkommen" vorsehe, dass die "Koordinierung" zwischen der EMRK und der europäischen Grundrechte-Charta sichergestellt sei... Fortsetzung

Europäische Agenturen :

Europäische Verteidigungsagentur veröffentlicht zum Anlass ihres 10-jährigen Bestehens ein Buch

Zum Anlass ihres 10-jährigen Bestehens hat die Europäische Verteidigungsagentur (EVA) in Kooperation mit dem Europäischen Sicherheits- und Verteidigungskolleg (ESVK) ein Buch über die Geschichte der europäischen Agentur veröffentlicht. Unter dem Titel "10 Jahre Zusammenarbeit" ist die Publikation in drei große Abschnitte unterteilt, welche die Geschichte der Institution seit ihrer Gründung 2004 abdecken und ihre wichtigsten Erfolge sowie unabhängige Expertenmeinungen von führenden Vertretern aus Politik,

Militär und Industrie beinhalten. Die Publikation sei "das Ergebnis mehrerer Monate von Archivrecherchen und Interviews mit den wichtigsten Akteuren, die innerhalb und außerhalb der Agentur stehen sowie von Beiträgen diverser Experten der europäischen Verteidigungspolitik", betonte Claude-France Arnould, die Direktorin von EVA, während der Präsentation des Buchs am 17. Dezember... Fortsetzung

EU stellt Unterstützungen von 485 Millionen € an 328 Nachwuchsforscher zur Verfügung

Der europäische Rat für Forschung (ERC) hat 328 Forscher ausgewählt, um ihnen Nachwuchsförderungen im Wert von jeweils 2 Millionen € Unterstützung zukommen zu lassen. Die Auszahlungen von insgesamt 485 Millionen € sollen dazu beitragen, eine neue Generation von Forschern auf hohem Niveau in Europa zu fördern. Dabei soll auch "Forschung ins Blaue" – also äußerst ambitionierte und sehr risikoreiche Projekte und/oder Forschungsprojekte von hohem Ertrag in egal welchem Sektor finanziert werden. ERC hat die Liste der ausgewählten Kandidaten am 15. Dezember veröffentlicht... Fortsetzung

Andere Links

Deutschland :

Annahme eines ausgeglichenen Haushalts für 2015

Am 19. Dezember hat Deutschland zum ersten Mal seit 1969 wieder einen ausgeglichen Haushalt verabschiedet. Das bedeutet, dass für das Jahr 2015 keine neuen Darlehen oder Schulden aufgenommen werden. Der Entwurf setzt sich über den gesamten Planungszeitraum bis 2018 fort – ein historischer Erfolg. Der Bundesrat hat am 19. Dezember nun abschließend grünes Licht für den Etat 2015 gegeben, nachdem der Bundestag bereits am 28. November eingewilligt hatte. "Eine nachhaltige, verlässliche, berechenbare Finanzpolitik, die Wort hält, ist ein Anker für Vertrauen", sagte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble in seiner Haushalts-Rede vor dem Bundestag. Wie der Minister außerdem hinzufügte sei Vertrauen ein wichtiges Kapital für eine nachhaltige, stabile wirtschaftliche Entwicklung... Fortsetzung

Andere Links

Österreich :

Wachstumsprognosen für österreichische Wirtschaft gesenkt

Am 18. Dezember hat das österreichische Wirtschaftsinstitut Wifo seine Wachstumsprognosen für das Land im Jahr 2015 auf 0,5% gesenkt. Als Grund gab es den momentanen Zustand der Weltwirtschaft und die Situation in der Eurozone an. In der bisherigen Prognose vom September diesen Jahres ging Wifo noch von einem Wachstum von 1,2% im Jahr 2015 aus. Das Institut korrigierte gleichzeitig auch seine Wachstumsvorhersage für 2014 auf 0,4% herunter – und das, nachdem man im September noch von 0,8% und zu Jahresbeginn gar von 1,7% ausgegangen war... Fortsetzung

Belgien :

Neuorganisation der diplomatischen Posten Belgiens

Der Vizepräsident und belgische Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Didier Reynders, hat am 19. Dezember eine Liste mehrerer diplomatischer und konsularischer Posten Belgiens im Ausland – darunter vor allem Standorte in Europa – veröffentlicht, die geschlossen oder neu organisiert werden sollen. Innerhalb Europas betreffen die Schließungen die Botschaften in Tallinn, Riga, Vilnius, Bratislava, Ljubljana und Nikosia, sowie die Generalkonsulate in Köln, Lille, Straßburg und Genf. Auf dem afrikanischen Kontinent sind die Botschaften in Tripolis und Brazzaville und die Generalkonsulate in Casablanca und Johannesburg betroffen. In Nordamerika wird das Konsulat in Toronto geschlossen; und in Südamerika folgen die Kooperationsbüros in Quito und La Paz im Laufe des Jahre 2015. Zuletzt wurde Mitte November verkündet, dass die Botschaft in Kabul ebenfalls im Januar 2015 geschlossen werde... Fortsetzung

Bulgarien :

Treffen zwischen Angela Merkel und Boïko Borissow

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel hat am 15. Dezember den bulgarischen Premierminister Boïko Borissow in Berlin empfangen. Letzterer sicherte ihr seine Unterstützung bei den Fragen der Energieversorgung im Kontext des Ukraine-Russland-Konflikts zu. Angela Merkel erklärte, dass Deutschland den wichtigsten Teil der

Unterstützung für Bulgarien trage, das momentan eine schwierige wirtschaftliche Phase durchlaufe. Die beiden Regierungsführer diskutierten außerdem die Beitrittsanfrage Bulgariens für den Schengenraum, die in einer Sitzung des Europäischen Rates im nächsten März besprochen werden soll. Zuletzt erinnerte die deutsche Bundeskanzlerin nach den Protesten der anti-islamischen PEGIDA-Bewegung daran, dass Migrationspolitik wichtig sei und Islamophobie in der EU keinen Platz habe... Fortsetzung

Andere Links

Justizreform in Bulgarien

Die bulgarische Regierung hat am 17. Dezember ein justizielles Reformprojekt vorgestellt, das seit langem von der Europäischen Union gefordert worden war und die rechtsstaatlichen Institutionen schneller, effizienter und weniger korrupt macht. Das Projekt sieht beispielsweise eine zufällige Zuteilung von Fällen vor, um das Risiko von rechtlichem Klientelismus zu verringern. Darüber hinaus können von nun an der Generalstaatsanwalt und die Präsidenten der beiden höchsten Gerichtshöfe des Landes – des obersten Gerichtshofs und des obersten Verwaltungsgerichthofs – im Falle schwerer Mängel abberufen werden. Außerdem können auf eine Empfehlung aus Brüssel hin alle Staatsanwälte des Landes an den Wahlen der 11 von 25 Mitgliedern des Obersten Gerichtshofs (CJS) teilnehmen, der für Ernennungen zuständig ist. Bisher hatte nur ein Gremium von Staatsanwälten ein Stimmrecht. Zuletzt wird der CJS in zwei Ausschüsse unterteilt, um auf diese Weise die Unabhängigkeit der Staatsanwälte auf dem Richterstuhl zu fördern. Einer davon ist für die Staatsanwaltschaft, der andere für die Richter zuständig... Fortsetzung

Spanien :

Plan für mehr Arbeit in Spanien

Am 19. Dezember hat der spanische Ministerrat den königlichen Erlass über ein Spezialprogramm zur Förderung von Arbeitsplätzen bestätigt. Der Schritt folgte auf die vom Regierungsvorsitzenden und den Sozialpartnern am 15. Dezember deutlich gemachte Unterstützung. Die Politik basiert auf dem am 29. Juli aufgesetzten "Vertrag über Vorschläge zu trilateralen Verhandlungen, um das Wachstum von Wirtschaft und Arbeit zu fördern". Das wichtigste Ziel der Policy besteht darin, die Arbeitssituation von Langzeitarbeitslosen mit unterhaltsberechtigten Personen zu verbessern. Die Hilfszahlungen betragen 426 € für eine Dauer von sechs Monaten, wenn die Betroffenen im Gegenzug auf gewissen Forderungen eingehen. Die Regierung bestätigte darüber hinaus mehrere fiskalpolitische Anreize, um die anvisierte Entwicklung zu fördern und mehr Arbeitsplätze auf den Kanaren zu schaffen... Fortsetzung

Frankreich :

Französisches Parlament verabschiedet Haushaltsprojekt für 2015

Am 18. Dezember haben die französischen Abgeordneten den erweiterten Finanzentwurf für 2014 und das Haushaltsprojekt 2015 endgültig angenommen. Die vorgelegten Entwürfe sehen eine Neuverschuldung von 4,4% des BIP im Jahr 2014 und von 4,1% im nächsten Jahr vor. Außerdem soll eine Wachstumsrate von 1,1% sowie 7,7 Milliarden Euro an Einsparung bei staatlichen Ausgaben und von 3,7 Milliarden bei den lokalen Gebietskörperschaften angestrebt werden... Fortsetzung

Andere Links | Andere Links

Griechenland :

Auf dem Weg zu einem institutionellen Kompromis

Am 21. Dezember hat der griechische Premierminister Antonis Samaras eine politische Kompromisslösung für den Ausweg aus der Krise vorgeschlagen und vorgezogene Parlamentswahlen innerhalb eines Monats angekündigt. Er erinnerte an die Einigung auf Stavros Dimas als Präsidenten und versprach, dass die griechische Präsidentschaftswahl einer neuen Regierung in der Gemeinschaft pro-europäischer Parteien gefolgt werde. Er erklärte jedoch auch, dass sich die Parlamentswahlen – obwohl sie in jedem Fall noch vor Ende seines vierjährigen Regierungsmandats im Juni 2016 stattfinden würden – möglicherweise noch bis Ende 2015 hinauszögern könnten... Fortsetzung

Italien :

Mögliches Abdanken des italienischen Präsidenten Giorgio Napolitano

Der italienische Ratspräsident Matteo Renzi hat am 19. Dezember öffentlich den Wunsch geäußert, dass der nächste Präsident der italienischen Republik die politischen Spaltungen überwinden solle. Der italienische Präsident Giorgio Napolitano hatte am 16. Dezember zu verstehen gegeben, dass er sein Amt mit dem Ende der italienischen Ratspräsidentschaft in der EU aufgeben werde. Ein Jahr und acht Monate nach seiner Wahl und ohne Konsens über einen Nachfolger äußerte sich Giorgio Napolitano nun selbst mit den Worten, dass eine Ende seines zweiten Mandats im Quirinal "unmittelbar bevorstehe". Von seiner Arbeit sichtlich gezeichnet könnte er deshalb sein Mandat am 14. Januar, dem Tag nach der offziellen Ende der rotierenden italienischen Ratspräsidentschaft der Europäischen Union niederlegen... Fortsetzung

Andere Links

Rumänien :

Neuer rumänischer Präsident Klaus Johannis in Amt eingeführt

Der mit der deutschen Minderheit im Land verbundene rumänische Staatschef Klaus Johannis hat am 21. Dezember die gesamte politische Klasse dazu angehalten endlich gegen die lähmende Korruption im Land vorzugehen. Rumänien gehört zu den ärmsten Staaten der Europäischen Union. "Es gibt keinen anderen Weg für Rumänien", das ein Land werden solle, "das von jeglicher Korruption befreit ist" – so der Staatschef in seiner Rede vor dem Parlament, nachdem er in sein Amt eingeführt worden war. Er betonte außerdem, dass dies "klar auf der gesamten Ebene der politischen Klasse" verstanden werden müsse. Der 55-jährige frühere Bürgermeister von Sibiu meinte schließlich: "Rumänien verändert sich" und fügte hinzu, die Korruption werde "kein Thema der öffentlichen Debatte mehr sein", wenn sein Mandat in fünf Jahren zu Ende gehe... Fortsetzung

Großbritannien :

EUGH-Urteil über britische Hürde für freien Personenverkehr

Die europäische Justiz hat am 18. Dezember Großbritannien zu mehr Respekt für die Regeln des Freihandels aufgefordert. Sie urteilte, dass der Staat keine Visa von Personen verlangen dürfe, die aus Drittstaaten stammen und eine Aufenthaltsgenehmigung in der EU vorweisen können. Der Freie Personenverkehr ist ein aktueller Streitpunkt zwischen London und Brüssel, da sich die britische Regierung entschlossen zeigt, den Strom von Einwanderern aus der Union nach Großbritannien zu begrenzen. Der Gerichtshof gab dem Antrag einer kolumbianischen Ausländerin statt, die mit ihrem Gatten in Spanien lebte, der wiederum über eine britisch-irische Staatsbürgerschaft und eine "Aufenthaltsgenehmigung für Mitglieder der Familie eines Unionsbürgers" verfügte. Sie war ihm von spanischen Behörden ausgestellt worden. "Die Richtlinie für den freien Personenverkehr der Union erlaubt keinerlei Maßnahmen, die mit dem Ziel einer allgemeinen Hürde Familienmitglieder von Unionsbürgern ohne Visa in das Gebiet eines Mitgliedstaats verbieten wollen", urteilte der Gerichtshof. Die Mitgliedstaaten können somit auch keine Maßnahmen verabschieden, "um dieses Recht zu verweigern, zu annullieren oder zurückzuziehen"– außer "nach der individuellen Prüfung eines jeden Falles"... Fortsetzung

Transatlantischer Handel

Der britische Unternehmerverband CBI hat auf einem Treffen am 18. Dezember in Brüssel die einhellige Meinung in Kreisen der Wirtschaft betont, dass die Verhandlungen über einen transatlantische Partnerschaft unterstützt werden müssen. An der Großveranstaltung nahmen die sieben Premierminister David Cameron, Matteo Renzi, Mariano Rajoy, Ewa Kopacz, Laimdota Straujuma, Helle Thorning-Schmidt und Alexander Stubb teil. Der Verband erinnerte außerdem daran, dass das Projekt positive Auswirkungen auf KMUs habe, indem es die administrativen Kosten senke und zu mehr Arbeit führe... Fortsetzung

Andere Links

Montenegro :

Montenegro macht weiteren Schritt in Richtung Europa

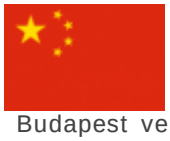
Auf dem 5. Treffen des Assoziierungsrats am 16. Dezember zwischen der Europäischen Union und Montenegro ist die Entscheidung gefallen, 4 neue Kapitel in den Beitrittsverhandlungen mit dem östlichen Balkanland zu eröffnen. Darunter fallen die Themen Statistiken, Verbraucherschutz und Gesundheit, Zollunion sowie finanzielle und haushaltspolitische Bestimmungen. Die Zahl der eröffneten Kapitel für Montenegro

steigt somit auf 16 (von 35) an... Fortsetzung

Andere Links

Serbien :

Schienenverbindung zwischen Serbien und Ungarn geplant – Einweihung der Pupin-Brücke



Nach einem Gipfel in Belgrad am 17. Dezember zwischen China und 16 Zentral- und Osteuropäischen Staaten haben die chinesischen, serbischen und ungarischen Regierungen ein Abkommen für den Bau einer 370 km langen Schienenverbindung zwischen Belgrad und Budapest verabschiedet. Das Projekt wird von China finanziert werden und der Bau beginnt 2015. Die Linienverbindung ermöglicht einen leichteren Zugang für chinesische Produkte auf den europäischen Markt. Die Einigung folgt außerdem auf eine erst kurz zurückliegende Einweihung der Pupin-Brücke, die Zemun mit Borča verbindet und in einer Kooperation zwischen China und Serbien errichtet worden ist... Fortsetzung

Andere Links

Ukraine :

Urkaine will nicht länger "bündnisfrei" sein

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat im Parlament am 18. Dezember einen Gesetzesentwurf eingebracht, um den Status seines Landes als bündnisfreier Staat zu annullieren. Die Bezeichnung kommt Staaten wie der Schweiz zu, die sich weder in eine militärische Allianz begeben noch an einem bewaffneten Konflikt teilnehmen wollen. Die Ukraine war dem Lager der bündnisfreien Staaten 2010 unter dem Druck Moskaus beigetreten. Sollte das Gesetz verabschiedet werden, dann könnte es Kiew eines Tages den NATO-Beitritt ermöglichen, um seine eigene Sicherheit angesichts der Bedrohung durch Russland zu gewährleisten... Fortsetzung

Eurostat :

Fallende Inflation in Eurozone und EU

Im November 2014 hat sich die jährliche Inflationsrate in der Eurozone bei 0,3% gegenüber 0,4% im Oktober eingependelt, obwohl sie im November 2013 noch bei 0,9% gestanden hatte. Die Inflationsrate in der Europäischen Union belief sich auf 0,4% gegenüber 0,5% im Oktober. Ein Jahr zuvor stand sie noch bei 1%. Im November 2014 wurden für Bulgarien (-1,9%), Griechenland (-1,2%), Spanien (-0,5%) und Polen (-0,3%) negative Inflationsraten festgestellt. Die höchsten Inflationsraten gab es hingegen in Rumänien, Österreich (jeweils 1,5%) und in Finnland (1,1%). Die genannten Angaben sind am 17. Dezember von Eurostat, dem statistischen Amt der EU, veröffentlicht worden... Fortsetzung

Handelsüberschuss für Eurozone und EU

Für den Monat Oktober 2014 ist in der Eurozone ein internationaler Außenhandelsüberschuss von 24 Milliarden € festgestellt worden – im Oktober 2013 waren es lediglich 16,5 Milliarden gewesen. Der Saldo im September 2014 pendelte sich bei 18 Milliarden € gegenüber 10,9 Milliarden im Vorjahresmonat ein. Im Oktober 2014 sind die saisonbereinigten Exporte im Vergleich zum Vormonat September um 0,3% und die Importe um 1,3% gefallen. Der Handelssaldo für Güter außerhalb der Europäischen Union weist im Monat Oktober 2014 einen Überschuss von 7,6 Milliarden € gegenüber 4,1 Milliarden € im Oktober 2013 auf. Die genannten Schätzungen sind am 16. Dezember von Eurostat, dem statistischen Amt der EU, veröffentlicht worden... Fortsetzung

Eurobarometer :

Vertrauen der Bürger in die Europäische Union verbessert sich

Den am 17. Dezember veröffentlichen Ergebnissen einer Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2014 zufolge verbessern sich die wichtigsten politischen Indikatoren und weisen somit auf eine steigende Anzahl von Europäern hin, die positiv gegenüber der EU eingestellt sind. Der Zustimmungswert stieg von 35% im Juni letzten Jahres auf 39% im November an. Der Anteil derjenigen Menschen, die eine neutrale Einstellung angaben, liegt bei 37%. 22% drückten eine negative Einstellung zur EU aus (gegenüber 25% im Juni). Die Zahl der Menschen die bekräftigten, Vertrauen in die EU zu haben, stieg ebenfalls auf 37% (+6 Punkte im Vergleich zu Juni 2014). Im Bereich Wirtschaft bleiben die Erwartungen der Bürger beständig: Mehr als einer von fünf (22%, -1 Punkt) zeigt sich für die 12 kommenden

Monate optimistisch. 45% erwarten, dass sich die Situation nicht verändert. Die Zustimmungswerte für den Euro bleiben unverändert (56% in der EU, 67% in der Eurozone). Wirtschaft und Einwanderung sind weiterhin die größten Sorgen der Bürger. Die Umfrage zeigt außerdem eine große Kongruenz zwischen den Erwartungen der Bürger und den priorisierten Themen der Kommission Juncker. Schließlich behaupteten 56% der Europäer, optimistisch im Hinblick auf die Zukunft der Union zu sein, während sich 37% (-1 Punkt) pessimistisch zeigten... Fortsetzung

Andere Links

Berichte/Studien :

Monatlicher Bericht der EZB

Die EZB hat im Dezember ihren letzten monatlichen Bulletin veröffentlicht. Der Bericht wird von dem neuen Wirtschaftsreport abgelöst. In Anbetracht der angekündigten Veränderung des zeitlichen Abstands der Treffen des für die monetäre Politik verantwortlichen Gouverneursrats auf sechs Wochen ab Januar 2014 wird der neue Wirtschaftsreport jeweils zwei Wochen nach einem dieser Treffen veröffentlicht... Fortsetzung

Andere Links

Kultur :

Eröffnung des Musée des Confluences in Lyon

Am 20. Dezember öffnet das Musée des Confluence in Lyon. Die Sammlung des Musée wird seit dem 17. Jahrhundert erweitert und besteht aus zahlreichen Kuriositäten von Gelehrten und engagierten Laien, die von kunstfertigeren Beigaben oder anderen Schwärmereien einer Epoche ergänzt werden. Mehr als 2 Millionen Ausstellungsstücke tragen zum Reichtum der ständigen und temporären Ausstellungen bei, die jährlich den kulturellen Seasons folgen und in einem Rhythmus von 4 bis 6 Ausstellungen erneuert werden... Fortsetzung

Neujahrskonzert in Wien

Die Neujahrskonzerte (Philharmonieorchester) finden wie jedes Jahr traditionell am 30. und 31. Dezember sowie am 1. Januar im Goldenen Saal des Musikvereins in Wien statt. Das Konzert am 1. Januar beginnt wie immer um 11 Uhr 15 und erfreut sich eines weltweiten Fernsehpublikums von geschätzt 50 Millionen Menschen in 72 Ländern... Fortsetzung

Neujahrskonzert in Berlin

Erleben sie einen musikalischen Neujahrsbeginn, bei dem mehrere außergewöhnliche Konzertveranstaltungen geboten sind! Die Festakte beginnen am 30. Dezember und reichen bis in die ersten Tage des neuen Jahres... Fortsetzung

Polnischer Film "Ida" gewinnt LUX-Preis 2014

Am 17. Dezember hat der Präsident des europäischen Parlaments Martin Schulz angekündigt, dass der Film "Ida" von Pawel Pawlikowski den LUX-Preis 2014 des Europaparlaments für sich entscheiden konnte. Der Film erzählt das Leben einer Frau auf der Suche nach Identität – eine mitreißende und intime Geschichte über die schmerzhafte Vergangenheit Europas... Fortsetzung

Agenda :

23 Dez

23. und 29. Dezember

Präsidentschaftswahlen in Griechenland (2. und 3. Wahlgang)

28. Dezember

28 Dez

Präsidentschaftswahlen in Kroatien (1. Wahlgang)

1 Jan

1. Januar

Litauen wird 19. Mitglied der Eurozone

Lettland tritt die nächste sechsmonatige Ratspräsidentschaft an

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:

Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Charles de Marcilly ; Guillaume Anglars, Flora Dumont, Helen Levy, Aude Prenassi, Marguerite Richelme, Ombeline Soulard

Chefredakteur : Charles de Marcilly
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Robert-Schuman-Stiftung wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}